



Deutschland schützen! Rechtsstaat wiederherstellen! Chaos und Rechtlosigkeit stoppen!

Der von der Bayerischen Staatsregierung beauftragte Rechtsgutachter, der renommierte Verfassungsrechtler und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. Udo Di Fabio hat festgestellt, dass die Politik der Bundesregierung, eine unbegrenzte und unkontrollierte Einreise von mittlerweile über einer Million Ausländer ins Bundesgebiet zuzulassen gegen das Grundgesetz verstößt. Zeitgleich sprach sich auch der langjährige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier in einem Zeitungsinterview für einen sofortigen Stopp der illegalen Einreisepaxis aus und fügte wörtlich hinzu: „Wir haben rechtsfreie Räume bei der Sicherung der Außengrenzen, das darf nicht sein.“

Die blutigen Terroranschläge von Paris im November 2015, der Überfall auf eine Pariser Polizeistation am 7. Januar, die jüngst nur knapp verhinderten Terroranschläge von München und die sexuell motivierten Massenübergriffe auf deutsche Frauen in Köln, Stuttgart, Hamburg, Bielefeld und vielen anderen Großstädten in der Silvesternacht zeigen, dass die illegale Masseneinwanderung zu einer bislang nie gekannten Bedrohung der Inneren Sicherheit Deutschlands und seiner Nachbarländer geführt hat.

Die Initiative

Konservativer Aufbruch!

CSU-Basisbewegung für Werte und Freiheit

fordert daher:

Die Bundesregierung muss endlich zu einer verfassungskonformen Asylpolitik zurückfinden, die den Schutzinteressen unserer einheimischen Bevölkerung und unseres Staates gerecht wird. Dazu muss die Bundesregierung durch Einsatz der Bundespolizei und bayerischer Polizeikräfte, die täglich tausendfache illegale Einwanderung, insbesondere an der Grenze zu Österreich sofort stoppen.

Allen aus einem sicheren Drittstaat wie Österreich einreisenden Nicht-EU-Ausländern, die nicht über die erforderlichen Pass- oder Visa-Dokumente verfügen, muss die Einreise nach Deutschland gemäß Art. 16 a Abs. 2 des Grundgesetzes verweigert werden. Die Grenzen nach Österreich müssen für einreisende Nicht-EU-Ausländer endlich und sofort geschlossen werden. Ein Staat, der die Hoheit über seine eigenen Staatsgrenzen aufgibt, hat aufgehört ein souveräner Rechtsstaat zu sein. Er kann die Sicherheit seiner eigenen Bürger nicht mehr gewährleisten.

München, 13.Januar 2016